A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 138 Donnerstag, den 19. November 1931. 44. Jahrgang

„Scharfes Zupacken erforderlich!"

Rede Groeners auf der Konferenz der Innenminister.

Berlin, 18. November.

Reichsinnenminister Groener hielt auf der Konferenz der Innenminister eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Verteilung der Exekutive auf die Länder gibt in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den Ländern Rechnung zu tragen. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landsmannschaftlichen Zugehörigkeit. Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein.

Sicherung des Staates.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken.

Ueberwindung der Krisenstimmung.

Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen. Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allerschwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Polizeiliche Maßnahmen können aber nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt.

Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit den politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein.

Das Ziel der Staatspolitik.

Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den sollen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Das in der letzten Ministerbesprechung von vielen Seiten geforderte Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel von Reichs wegen sei insbesondere von bayerischer Seite abgelehnt worden. Nach den bekannten Braunschweiger Vorkommnissen sei in der Oeffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Verbot von Reichs wegen erhoben worden. Inzwischen habe die überwiegende Zahl der Länderregierungen ein allgemeines Versammlungs- und Umzugsverbot erlassen.

Gegen die Mordseuche.

In erster Linie sei gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewaltätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturschande für Deutschland geworden sind, ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich.

Es sei unbedingt erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier müsse mit aller Energie zugegriffen werden. Es müßten in dieser Besprechung Maßnahmen erörtert werden, durch welche dieser Mordseuche entgegengetreten werden könne. Der Reichspräsident habe ihn gebeten, den politischen Mordtaten seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er gebe diese Bitte an die Innenminister weiter. Der Minister fuhr dann wörtlich fort:

Verhinderung der Zersetzungstätigkeit.

„Außerdem habe ich von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der Kommunistischen Partei betriebene Zersetzungstätigkeit in Reichswehr und Polizei. Breschen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß bis jetzt solche Zersetzungsversuche an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern. Ich habe kürzlich beim preußischen Innenminister angeregt, der kommunistischen Zersetzungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken."

Nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers fand eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Ueberblick über die politische Situation in ihren Ländern.

Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Völlige Erfassung der Devisen.

Eine neue Notverordnung.

Um ein weiteres Abgleiten des Devisenbestandes der Reichsbank zu verhindern, sind die bisherigen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten ergänzt worden. So sind künftig alle Waren, die ausgeführt werden, durch Uebergabe einer Exportvalutaerklärung nach vorgeschriebenem Muster der Reichsbank anzumelden. Außerdem haben die Exporteure dreimal monatlich der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt mitzuteilen, an welche Devisenbank sie die eingegangenen Exportvaluten abgeliefert haben, oder von welcher Reichsbankanstalt ihnen die Devisen freigegeben wurden. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Strafen bedroht.

Die Devisenbewirtschaftungsstellen sollen ferner die Importfirmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung zum Erwerb von Devisen sind, anhalten, einen angemessenen Teil des in dieser Genehmigung festgesetzten Höchstbetrages durch Inanspruchnahme der offenen Kreditlinien zu bestreiten; insofern werden Devisen zur Barzahlung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Strafbestimmungen.

Nach der neuen Verordnung finden die schon früher vorgesehenen Strafen auch dann Anwendung, wenn jemand durch Täuschungen oder irreführende Angaben die erforderliche Genehmigung der zuständigen Stellen erschlichen oder zu erschleichen versucht hat. Ferner wird das Reichswirtschaftsgericht ermächtigt, gegen den Inhaber oder Leiter eines Unternehmens Ordnungsstrafen bis zu 300 000 Mark zu verhängen, wenn er nicht nachweist, daß er die erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlungen angewendet hat.

Weitere Exportsteigerung.

383 Millionen RM Ausfuhrüberschuß im Oktober.

Berlin, 17. November.

Die deutsche Handelsbilanz zeigt im Oktober einen Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der Reparationssachlieferungen, die 12,9 Millionen RM betrugen, erhöht sich der Ausfuhrüberschuß auf 395,9 Millionen RM. Die Ausfuhr ist wertmäßig von 812 auf 866 Millionen RM oder um 6,7 Prozent gestiegen. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu vollständig auf Fertigwaren, deren Ausfuhr um 48 Millionen RM zugenommen hat.

Auswirkungen der Währungsentwertung in England und in anderen Ländern auf den deutschen Außenhandel können aus den Gesamtzahlen der Oktoberstatistik nicht ersehen werden. Jedoch deutet der bei einzelnen Ein- und Ausfuhrwaren, wie zum Beispiel bei der Einfuhr von Kohle und Baumwollgeweben, ferner bei der Ausfuhr von Geweben aus Seide und Kunstseide festzustellende Rückgang der Durchschnittswerte auf solche Wirkungen hin. Die an sich von den Währungsentwertungen ausgehenden ungünstigen Folgen für die Mengengestaltung der Ausfuhr sind im übrigen möglicherweise durch eine im Hinblick auf neue Zollmaßnahmen im Ausland vorgenommene Vorausfuhr und durch beschleunigte Abrufe zunächst ausgeglichen worden. Die Einfuhr ist wertmäßig von 448 auf 483 Millionen RM, also um 7,8 Prozent gestiegen. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf Lebensmittel und Fertigwaren.

Sozialdemokraten beim Kanzler.

Berlin, 19. November.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels, Breitscheid, Hilferding und Hertz zu einer längeren Aussprache, an der auch Reichsinnenminister Groener und der preußische Innenminister Severing teilnahmen. Die Abgeordneten legten umfangreiches Material vor, durch das der Nachweis geführt werden soll, daß von radikaler Seite zum Terror aufgefordert werde und betonten, daß auf diese Weise der Bürgerkrieg heraufbeschworen werde. Der Reichskanzler sowohl als auch Reichsminister Groener erklärten, daß alle möglichen Schritte unternommen werden sollen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Gegen Frankreichs Politik.

Eine amerikanische Stimme zur Schuldenfrage.

Neuyork, 18. November.

Die Zeitschrift „Commercial Financial Chronicle" erörtert die Notwendigkeit äußerster Vorsicht bei weiteren Finanzopfern in der Kriegsschuldenfrage seitens der Vereinigten Staaten angesichts der Depression und des Budgetdefizits.

Ueberdies sei die Schuldenerleichterung einiger alliierter Länder so etwas wie eine Farce, wie namentlich der Fall Frankreichs zeige, das bei der Verhandlung über das Schuldenabkommen seine Armut infolge der deutschen Verwüstungen in die Waagschale geworfen und infolgedessen vorteilhafteste Bedingungen erreicht habe, weit bessere als England. Indessen habe sich herausgestellt, daß Frankreich eines der reichsten Länder der Erde sei und derartig umfangreiche Auslandsguthaben unterhalte, daß es durch ihre Zurückziehung erst Deutschlands finanzielle Stabilität zu untergraben vermocht habe, dann die Englands und kürzlich gleicherweise sogar die der Vereinigten Staaten bedroht habe. Nun solle dieses Land von seinen Zahlungen an die Vereinigten Staaten befreit werden!

Grandi in Washington.

Italiens Mitarbeit am Allgemeinwohl.

Washington, 18. November

Grandi gab nach dem Besuch, den er Präsident Hoover abstattete, die Erklärung ab: Ich sehe meinen Besprechungen mit Hoover und Stimson mit größtem Interesse entgegen. Hoovers Initiative im Juni war der Auftakt zu gesteigerter diplomatischer Tätigkeit und zu der Aufforderung an die Welt, daß man zu gemeinsamer Arbeit zusammenkommen müsse. Wir haben Lavals Washingtoner Besuch mit ehrlicher Anteilnahme verfolgt und betrachten seine hiesigen Unterredungen als Ermutigung zu einer allgemeinen Zusammenarbeit.

In Situationen wie der gegenwärtigen fühlt man, daß das Heil der einen das Heil aller Nationen ist und daß das Unglück eines Landes nie zum Glück eines anderen ausschlagen kann. Aller Länder Interessen sind eng miteinander verbunden. Ich bin ein Glied in dieser Kette und komme hierher, um Italiens Mitarbeit zum Allgemeinwohl anzubieten.

Im allgemeinen wird der italienische Außenminister bei weitem herzlicher begrüßt als seinerzeit Laval.

Verständigung mit Borah.

Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Aeußeren und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt.

Grandis Stellungnahme zu Gunsten einer Revision des Versailler Vertrages und einer Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustausch.

Die Schlacht am Nonni.

Der Krieg in der Mandschurei ist im vollen Gange. Chinesische und japanische Truppen stehen sich waffenstarrend gegenüber. Wenn bisher von Kämpfen die Rede war, so werden jetzt schon Schlachtberichte gedrahtet. Dabei zieht sich das Kampfgebiet schon bis in eine Interessensphäre hinein, die nicht einmal mehr auf Japan—China beschränkt bleibt. Am Nonni-Fluß sind die feindlichen Truppen hart aneinandergeraten. Der Schatten japanischer Bajonette nähert sich bedenklich einem Gebiet, an dem Rußland allergrößtes Interesse hat.

Kenner der russischen Taktik halten zwar nach wie vor daran fest, daß die Regierung in Moskau nicht daran denke, sich in den Mandschureikonflikt hineinmanövrieren zu lassen. Aber die Entwicklung, die hier versucht wird, ist nicht allein von Moskau abhängig.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß eine erhebliche Summe für die Unterstützung des chinesischen Kampfes gegen die Japaner flüssig gemacht sei. Gleichzeitig aber liest man, daß unter den chinesischen Generalen die Rivalität geschürt werde, was schon zu Konflikten geführt habe. Es ist anzunehmen, daß bei dem Spiel, das die chinesischen Generale auseinanderzumanövrieren sucht, fremde Mächte nicht unbeteiligt sind.

Die Kaiserkrone der Mandschurei ist schließlich auch nur ein Kaufpreis, den man zahlen will, um die Massen des mandschurischen Volkes auseinanderzubringen und damit die Stoßkraft des chinesischen Widerstandes zu schwächen.

In Moskau glaubt man, daß der mandschurische Krieg zu einer großen Attacke gegen die Sowjetunion entwickelt werden soll. Man verweist auf die veränderte Haltung der amerikanischen, der englischen und französischen Presse, die ursprünglich gegen die Gewaltpolitik der Japaner eine scharfe Sprache geführt hat und die heute deutlich spürbar einen Kurswechsel vornimmt. Rußland antwortet entsprechend.

Außergewöhnlich scharf ist der Tenor der Sowjetpresse und des Sowjetfunks. Und dennoch bleiben die Kenner der Moskauer Taktik dabei, daß Moskau alles versuchen werde, sich nicht in ein gefährliches Abenteuer zwingen zu lassen.

Der Krieg, der klein angefangen hat, der sich aus der Verschleppung und Ermordung eines japanischen Offiziers flackernd entwickelte, ist heute zu einem politischen Weltproblem geworden. Gewiß, die Chinesen kämpfen darum, daß sie die Oberhoheit über das wichtige, wirtschaftlich und industriell zu überaus wichtige mandschurische Gebiet nicht verlieren. Die Japaner dagegen führen diesen Krieg aus den gleichen wirtschaftlichspolitischen Motiven, um sich endgültig die Herrschaft über die Mandschurei zu sichern. Es würde einen schweren Rückfall in alte, im Zeichen der Wirtschaftskatastrophe der Welt veraltete politische Methoden bedeuten, wenn in diesem Interessenkampf nun auch noch andere ihre Sonderinteressen sicherstellen wollten. Hier liegt die Gefahr, die zugleich eine Aufgabe für den Völkerbund ist, der die Kanonen wieder zum Schweigen bringen soll.

Japan greift an

Tsitsikar besetzt. — Die Lage wird ernst.

Mukden, 19. November.

Am Sonntag bei Tagesanbruch hat die japanische Offensive gegen Matschangschen eingesetzt. Die gesamten Streit-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311119-12/fragment/page=0001

kräfte des Nonnigebietes sind in den Kampf verwickelt. Zunächst fiel die Stadt Anantschi, die an der Kreuzung der ostchinesischen und südmandschurischen Bahn liegt, in die Hände der Japaner. Nach Meldungen aus Tokio wurde bald darauf Tsitsikar von japanischen Streitkräften besetzt.

Wie die japanische Delegation dem Völkerbundssekretariat mitteilte, sind der japanische Konsul in Tsitsikar und die Mitglieder des Konsulats sowie ein Major und die Angestellten des Hauptbüros der südmandschurischen Eisenbahn gezwungen worden, Tsitsikar zu verlassen. Es handelt sich um insgesamt dreizehn Personen. Sie sind bereits in Charbin eingetroffen.

Die chinesische Kommission in Paris will den Völkerbundsrat auffordern, eine Untersuchungskommission nach China und der Mandschurei zu entsenden.

Völkerbundsrat und Mandschureifrage

Französische Blätterstimmen.

Paris, 18. November.

Der amerikanische Beobachter bei der Tagung des Völkerbundsrates, General Dawes, hatte Unterredungen mit dem japanischen und dem chinesischen Delegierten. Von amerikanischer Seite wird behauptet, daß Dawes und der englische Delegierte, Staatssekretär Sir John Simon, nach einer Kompromißformel suchten.

„Matin"

will über die Richtung, die man einzuschlagen gedenkt, folgendes berichten können: Der Völkerbundsrat werde die ihm durch die Entschließung vom 24. Oktober gezogenen Grenzen nicht überschreiten, d. h. auf Veranlassung Amerikas und Englands werde er sich nicht weiter auf Verfahrensfragen einlassen. Der chinesisch-japanische Konflikt werde weiterhin auf Grund von Artikel 11 des Völkerbundsstatuts behandelt werden. Eine Bezugnahme auf Artikel 15 oder 16 (wirtschaftliche Sanktionen) komme nicht in Frage.

„Echo de Paris"

wendet sich gegen die Möglichkeit eines Schiedsgerichtsverfahrens im chinesisch-japanischen Konflikt. Der Gedanke, wie er von Dr. Sze dargetan worden sei, die Gültigkeit gewisser Verträge dem Schiedsgerichtshof zu unterbreiten, sei außerordentlich gefährlich, weil dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde.

Außenminister Briand hatte eine längere Unterredung mit dem japanischen Völkerbundsdelegierten, Botschafter Yoshisawa, und anschließend daran mit dem chinesischen Delegierten Dr. Sze.

Rückzug des Generals Matschanschan.

Nach einer Reutermeldung aus Tokio hat der chinesische General Matschanschan begonnen, seine Truppen vom Nonnifluße zurückzuziehen, nachdem er alle Bedingungen des japanischen Befehlshabers Honjo angenommen hat.

Englische Rottarife.

Einfuhrdrosselung ohne Verbote.

London, 17. November.

Am Mittwoch wird voraussichtlich die neue englische Regierung dem Unterhaus einen Gesetzentwurf vorlegen, der dem Kabinett weitgehende Vollmachten zur Drosselung der Einfuhr geben soll. Das Kabinett soll ermächtigt werden, Zölle bis zu 100 Prozent vorzuschreiben, wodurch tatsächlich ein Einfuhrverbot für bestimmte Güter geschaffen würde, ohne daß nach außen hin Einfuhrverbote in die Erscheinung treten.

Die Regierung glaubt offenbar, daß sie auf dem Wege der Rottarife schneller zum Ziele kommt, und vor allen Dingen, daß sie damit ein beweglicheres Instrument in der Hand haben wird, wenn sich die zwar in der englischen Presse sehr lebhaft zutage getretenen, durch die Tatsachen aber noch keineswegs in so bedrohlichem Umfange bestätigten Befürchtungen einer Ueberschwemmung Englands mit ausländischen Waren erfüllen sollten. Auch die liberalen Kabinettsmitglieder haben in der Kabinettssitzung, in der der Gesetzentwurf vorbereitet wurde, ihre Zustimmung zu dem Rottarif gegeben, vielleicht in der Hoffnung, daß durch die Vermeidung einer eng umschriebenen Zollgesetzgebung doch gewisse Lockerungen möglich bleiben würden.

Dänemark schützt die Währung.

Eine Vorlage im Parlament.

Kopenhagen, 19. November.

Der Handelsminister brachte im Folkething eine Vorlage ein, die Maßnahmen zum Schutze der dänischen Währung vorsieht. Der Handelsminister wird darin ermächtigt, die Umwechlung der Auslandsguthaben dänischer Exporteure in dänische Währung anzuordnen sowie Vorschriften über die Einfuhr von Wertpapieren aus dem Auslande und den Verkauf solcher Papiere für ausländische Rechnung sowie über die Ueberführung von Wertpapieren und Geld ins Ausland zu erlassen. Der Minister wird ferner ermächtigt, Angaben über das Vorhandensein ausländischer Valuten und Wertpapiere zu verlangen. Die Uebertretung der Vorschriften soll mit Geldstrafen oder mit Gefängnis geahndet werden. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Deutsche Tagesschau.

Ungarns Ehrung für Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Regimentskommandeur Oberst Bétei Koos geführte Offiziersabordnung des Königlich Ungarischen Honved-Inf.-Rgts. Nr. 3, die ihm im Auftrage des Herrn Reichsverwesers von Horthy die Urkunde über seine Ernennung zum Inhaber dieses Regiments überbrachte. Das genannte Regiment führt die Tradition des ehemaligen k. u. k. Inf.-Rgts. Nr. 69 weiter, dessen Oberstinhaber Generalfeldmarschall von Hindenburg war. Der Reichspräsident behielt die ungarischen Gäste zum Frühstück, an dem u. a. auch die Mitglieder der Berliner ungarischen Gesandtschaft sowie der Reichskanzler und der Reichswehrminister teilnahmen.

Ministerpräsident Held in Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ist in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung die Verhandlungen über die Dritte Notverordnung und ihre Durchführung fortzusetzen. Die Vertretung Bayerns bei der Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin wird von Innenminister Dr. Stützel wahrgenommen.

Ladeninhaber und „Rote Winterhilfe".

In einer deutschnationalen Kleinen Anfrage im Preußischen Landtag wird beklagt, daß die Polizei für die Ladeninhaber, die im Zusammenhang mit der Sammelaktion der „Roten Winterhilfe" möglicherweise Sachbeschädigungen ausgesetzt seien, falls sie keine Beträge zeichneten, nur gutgemeinte Warnungen übrig habe. Vom Berliner Polizeipräsidium wird dazu erklärt, daß die Polizei eine amtliche Warnung vor der „Roten Winterhilfe" erlassen und die Ladeninhaber auch privat gewarnt habe. Darüber hinaus seien von der Polizei alle nötigen Vorkehrungen getroffen worden, um die Ladeninhaber vor Ausschreitungen zu schützen.

Auslands-Rundschau.

Judenfeindliche Ausschreitungen in Polen.

In Lowicz demonstrierte polnisch-nationalistische Jugend gegen die Juden. In zahlreichen jüdischen Geschäften wurden die Schaufenster eingeschlagen. Mehrere Juden wurden verprügelt. Ein jüdischer Sejmabgeordneter hat wegen dieser Exzesse bei der Regierung interpelliert. Nationalistische Agitatoren versuchten in mehreren Städten des Kohlengebietes von Sosnowitz, antisemitische Unruhen herbeizuführen. Polizei zerstreute die Demonstranten.

Mussolini über die Abrüstung.

Der Londoner „Sunday Expreß" veröffentlicht einen Artikel Mussolinis, in dem dieser für Abrüstung eintritt. Die Zeit sei jetzt reif, um zu erkennen, daß die Nationen einen Ausweg finden müssen, um ihre Häuser in Ordnung zu bringen, da sie sonst infolge der übertriebenen militärischen Lasten zugrunde gehen würden. Man könne nicht zulassen, daß die Abrüstungskonferenz nächstes Jahr in derselben Weise fehlschlägt wie dies bereits in früheren Fällen geschehen ist.

Abnahme der Sowjeteinkäufe in Amerika.

Die Sowjeteinkäufe in Amerika bewegen sich weiter auf absteigender Linie. Im Oktober sind nur noch für 298 000 Dollar Einkäufe getätigt worden, was 10 Prozent der Bestellungen vom Oktober 1930 ausmacht. In den ersten zehn Monaten des Jahres sind die sowjetrussischen Bestellungen in Amerika bis auf 52 Prozent, verglichen mit der gleichen Zeit der Vorjahres, gesunken. Die Abnahme wird von Amtorg mit den unmöglichen Finanzierungsbedingungen begründet.

Kleine politische Meldungen.

Russisches Konsulat in Memel. In Memel wird ein sowjetrussisches Konsulat errichtet werden, nachdem seit etwa einem halben Jahre hier bereits eine Handesvertretung besteht.

Dowgalewski bei Briand. Der französische Außenminister Briand hat den russischen Botschafter Dowgalewski empfangen und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Dowgalewski unterrichtete Briand über die Stellungnahme der Sowjetunion zum chinesisch-japanischen Konflikt und betonte, daß sich Rußland nicht einmischen werde.

Waffen in spanischen Kirchen. Bei der Durchsuchung einer spanischen Kirche nach Waffen wurden sechs Gewehre und rund 400 Patronen gefunden. In vielen spanischen Kirchen sollen ähnliche Schutzmaßnahmen getroffen sein.

Regierungswechsel in Chile. Bei Uebernahme der Vizepräsidentschaft durch Montero ist das chilenische Kabinett zurückgetreten. Ein neues Ministerium mit Don Marcial Mora als Ministerpräsident ist bereits gebildet worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 19. November.

— **Die Rechtslage der Rundfunkstörungen.** In der Presse wird immer wieder behauptet, Rundfunkstörungen seien als Besitzstörungen zu behandeln und daher stets rechtswidrig. Als Beleg werden vielfach einige ältere Gerichtsentscheidungen zitiert. Gerade in neuerer Zeit lehnen aber immer mehr Gerichte diese Ansicht ab. Außer dem Landgericht I Berlin und Schwerin, über deren ausführlich begründete Urteile wir kürzlich berichteten, den Amtsgerichten Bernburg und Roßlau hat sich kürzlich auch das Landgericht Hamburg in einem Urteil vom 20.10.31 — H. II Bf. 330/31 — auf den Standpunkt gestellt, daß für Rundfunkstörungen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über Besitz- und Eigentumsstörung nicht in Betracht kommen. Nur § 23 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen ist anwendbar.

— **Das Jahrbuch für die deutschen Kriegsopfer 1932** ist erschienen und wird auch diesmal mit seinem reichhaltigen Inhalt und der gediegenen Ausstattung im Leinenband den Beifall der Bezieher finden. Neben einem Notizkalendarium für jeden Tag des Jahres bietet der Inhalt u. a. ein Verzeichnis der Dienststellen der Reichsversorgung und der übrigen Reichsbehörden, die Rententafeln der Kriegsopferversorgung einschließlich Zukatzrenten, Wiedergabe der gesetzlichen Bestimmungen der Versorgung mit orthopädischen Hilfsmitteln. Allgemeines Interesse über den Kreis der Versorgungsberechtigten hinaus beansprucht eine ausführliche Zusammenfassung des geltenden Rechtes für einen eingetragenen Verein, eine besonders wertvolle Arbeit. Bei dem äußerst niedrig gehaltenen Preis von 70 Pfg. einschl. Porto wird die Ausgabe viel Freude bereiten. Bestellungen richte man bei Voreinsendung des Betrages an den Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW. 68, Charlottenstraße 85.

— **„Staatlich geprüfter Dentist" zulässig.** Der Rechtsstreit zwischen Zahnärzten und Dentisten um die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Dentist", der die Gerichte wiederholt beschäftigte, ist durch einen Spruch des Reichsgerichts zugunsten der Dentisten entschieden worden. Das Reichsgericht hat diese Bezeichnung als rechtlich zulässig anerkannt. Ein Dentist, der nach § 123 der Reichsversicherungsordnung eine Staatsprüfung mit Erfolg abgelegt hat, sei berechtigt, sich „staatlich geprüfter Dentist" zu nennen, da dieser Staatsprüfung der Rechtscharakter eines allgemeinen Befähigungsnachweises zukomme.

— **Jagdergebnisse.** In der Jagdflur **Tröbsdorf** wurden bei der Jagd 34 Hasen, 2 Fasanen und 1 Kaninchen erlegt. — In der **Alteurodaer** Flur war das Ergebnis 48 Hasen und 3 Rebhühner. Beide Jagden fanden am Sonnabend voriger Woche statt.

— **Verbotener Vertrieb von Losen.** Neuerdings versucht die Firma E. C. Regall in London EC. 2. 61 Cheapside, Lose der Pferderennen-Lotterie „Irische Sweepstake" an Staatliche Lotterie-Einnehmer, vermutlich auch an Lotteriegeschäfte, zum Weiterverkauf anzubieten. Ferner läßt die Brooms International-Sports Association Handels AG., Sitz Danzig-Zoppot, Privatpersonen im Deutschen Reiche Angebote zum Bezuge von Losabschnitten für das Englische Derby 1932 zugehen. Die Polizei warnt vor diesen Lotterien, da sich nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Spieler strafbar macht.

— **Verbilligte Glückwunschtelegramme.** Die Post beabsichtigt, ähnlich wie in den letzten Jahren, auch in diesem Jahre wieder verbilligte Glückwunschtelegramme für das Weihnachts- und Neujahrsfest einzuführen. Im innerdeutschen Verkehr wird ein Ortstelegramm bis zu zehn Wörtern 50 Pfennig, und wenn es auf einem künstlerisch ausgestalten Aufnahmeblatt zugestellt werden soll, 1,50 Mark kosten. Im Fernverkehr kostet ein Telegramm von der gleichen Länge 75 Pfg. bzw. 1,75 Mark. Jedes weitere Wort wird mit fünf Pfennigen berechnet.

Wiehe. Auf dem Schweinemarkte waren in 2 Körben 17 Stück Saugschweine angefahren. Das Paar wurde mit 16—20 RM. bezahlt. — Ein auswärtiger Händler, der mit 22 Stück kleineren und größeren Ferkeln am Markte war, verkaufte kleinere mit 15 bis 20, größere mit 25 bis 30 RM.

Laucha. Hier tagte der Lehrerverein „Unteres Unstruttal". Er umfaßt sämtliche Schulen von Wangen abwärts bis zur Mündung der Unstrut. In der gut besuchten Versammlung sprach Rektor Mühlner-Helfta über „Hochsprache, Volkssprache und Deutschunterricht". In seinen Ausführungen zeigte er das Verhältnis von Hochsprache und Volkssprache zu einander, das Verhältnis des Kindes zu seiner Sprache und die Aufgaben und Arbeiten des neuzeitlichen Unterrichtes zur Sprachpflege und Sprachgestaltung. Eine Aussprache nach dem wertvollen Vortrage brachte noch manche praktische Anregung aus der Lehrerschaft, aber auch zahlreiche köstliche Beispiele unserer thüringer Mundart, wie sie das Unterrichtsleben mit sich bringt.

Laucha. Mit der Verwirklichung des hier geplanten Glockenmuseums beschäftigte sich in einer Zusammenkunft der für die Angelegenheit ernannte geschäftsführende Ausschuß. In derselben Sitzung wurde ein Ortsverein gegründet, der mit seinen Mitgliedern den Bestand des Glocken-Museums sichern hilft. Die Weihe des Museums wird voraussichtlich im Juni nächsten Jahres erfolgen. Sie wird mit einer musikalischen Aufführung von Schillers Glocke in der Kirche verbunden sein, und das seltene Geläut der großen Glocke wird auf den mitteldeutschen Rundfunk übertragen

Querfurt. Der Reichswehrgefreite Bork vom Inf.-Regt. 11 in Leipzig wurde auf dem Wege von Querfurt nach Lodersleben von drei Männern überfallen, von denen einer zwei Schüsse auf ihn abgab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Gefreite wehrte sich mit seinem Seitengewehr und es gelang ihm, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Eine Ergreifung war bisher nicht möglich.

Gleina (Kr. Querfurt). Ein Strohdiemen des Rittergutes Gleina geriet hier in Brand. Die Flammen griffen auch auf die benachbarte Feldscheune über, die eingeäschert wurde. Vernichtet wurden ferner große Gerstenvorräte, die Erbsenernte von etwa 80 Morgen sowie viele landwirtschaftliche Geräte. Der angerichtete Schaden ist groß. Als Brandursache wurde Brandstiftung festgestellt.

Mücheln. Aus Ersparnisgründen soll das hiesige Arbeitsamt für Mücheln und Umgebung in eine Hilfsstelle des Arbeitsamts Querfurt umgewandelt werden. Das Arbeitsamt wurde bisher vom Wohlfahrtsdezernenten der Stadt mitverwaltet.

Heldrungen. Auf dem letzten Ferkelmarkt waren 225 Stück Saugschweine angefahren. Der Preis betrug pro Paar 12—18 RM. für kleinere und 20—28 RM. für größere.

Artern. Der zum zweiten Pfarrer gewählte Herr Pfarrer Vibrans hat die auf ihn gefallene Wahl angenommen. Es steht zu hoffen, daß seine Einführung bald nach Beginn des neuen Jahres erfolgen kann.

Sangerhausen. (Oeffentliches Aergernis?) Unsere Kreisstadt hat sich wieder etwas besonderes geleistet. Am Eingang der neuen Stadtsparkasse ist eine Keramikfigur, ein nackter Hermes, aufgestellt. In der Nacht zum Freitag hat man diese Figur nicht mutwillig zerstört, sondern anscheinend mit Hilfe von Hammer und Meißel „entmannt". Die Stadtsparkasse hat für die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 50,— RM. ausgesetzt.

Bretleben. (Landwirtschaftliche Notzeit.) Hier wurden zwei Morgen eroteertige Rüben, Ertrag pro Morgen 170—180 Zentner, für 30 RM. je Morgen erstanden.

Kölleda. Auf dem Wochenmarkt waren am Sonnabend 284 Ferkel angefahren, die mit 18—25 RM. pro Paar verkauft wurden. Verkauf ging schleppend.

Weißenfels. In seltsamer Weise hat das Schicksal einem Buchhalter von hier mitgespielt. Vor 16 Jahren wurde der Mann vom Star befallen, der auch durch eine Operation nicht ganz behoben werden konnte. Zum Ueberfluß wurde der Bedauernswerte nach einigen Jahren geistesgestört, so daß er in eine Anstalt gebracht wurde. Dort kam plötzlich das Augenlicht wieder. Die Geistestrübung blieb bestehen. Vor einigen Tagen nun erhielten die Angehörigen eine neue Mitteilung, nach der der Kranke wieder in den Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gelangt ist. Dafür hat er aber die Sehkraft wieder verloren.

Schraplau (Mansf. Seekr.). Die hiesigen Erwerbslosen veranstalteten eine Demonstration gegen die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze. Die Lage wurde sehr bedrohlich, da die Demonstranten versuchten, in das Wohlfahrtsamt einzudringen. Das von Halle herbeigerufene Überfallkommando stellte bald die Ruhe wieder her. Auch in anderen Orten des Mansfelder Seekreises versuchten die Erwerbslosen, gegen die Kürzung der Unterstützungssätze zu demonstrieren, was jedoch von der Polizei verhindert wurde. In Amsdorf und Wansleben mußte ein verstärktes Landjägeraufgebot eingesetzt werden.

Leuna. An der Ecke Leipnitz-Bayernstraße stießen ein Motorrad und ein Auto zusammen. Der Motorradfahrer, ein Leunaer Werkmeister, wurde gegen einen Laternenpfahl geschleudert, wobei er sich einen schweren Schädelbruch zuzog, der kurz darauf seinen Tod herbeiführte. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll den Motorradfahrer treffen.

Frohndorf. (Nach 19 Jahren wiedergefunden.) Ein seltenes Glück wiederfuhr einem hiesigen Landwirt, dessen Angestellte bei der Erledigung von Feldarbeiten den Trauring wiedergefunden haben, den der Dienstherr 1912 auf dem Acker verloren hat.

Niedersachswerfen. Auf dem Bahnhof Niedersachswerfen geriet der 39jährige Reservezugführer Renner beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Wagen. Er wurde totgequetscht.

Halberstadt. Der Domschatz zu Halberstadt, der kostbare Erinnerungsstücke in großer Zahl enthält, besitzt auch eine Reliquie der Heiligen Elisabeth, deren 700. Todestag am 19. November begangen wird. Wahrheitsgetreuer Ueberlieferung gemäß wurde die Reliquie nach der Heiligsprechung, die in Marburg stattfand, dem Bischof von Halberstadt als Geschenk überbracht.

Halberstadt. Als die Bewohnerin eines Hauses an der Burgstraße abends durch den Hausflur ging, stürzte plötzlich ein Teil der Decke ein. Die Frau stürzte mitsamt dem Mauerwerk in den Keller und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311119-12/fragment/page=0002

Neues aus aller Welt.

Die Focke-Wulf-Ente in Brüssel eingetroffen. Aus London kommend, ist das deutsche Flugzeug Focke-Wulf-Ente, eine Maschine allerneuester Konstruktion, in Brüssel eingetroffen. Mit Pressevertretern an Bord wurden in Evère kurze Vorführungsflüge unternommen.

Erdbeben in Finnland. Ein verhältnismäßig heftiges Erdbeben wurde an mehreren Orten im mittleren Finnland verspürt, das jedoch keinen Schaden verursachte.

Die Betrügereien bei der Ortskrankenkasse in Düsseldorf. Vor der Kriminalpolizei hat ein Düsseldorfer Dentist, der wegen Betrügereien zum Schaden der Allgemeinen Ortskrankenkasse festgenommen worden war, das Geständnis abgelegt, durch fingierte Rechnungen von der AOK. Geld ohne die entsprechenden Leistungen eingezogen zu haben. Er wurde daraufhin dem Richter vorgeführt, der seine sofortige Verhaftung anordnete. Ferner wurden noch drei Dentisten wegen dringenden Verdachts festgenommen, durch fingierte Rechnungen ähnliche Betrügereien an der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Düsseldorf begangen zu haben.

Attentat auf einen Landgerichtsrat. Vor einigen Tagen war an den Landgerichtsrat Wilhelmi in Essen eine Zigarrenkiste geschickt worden, in die eine Höllenmaschine eingebaut war. Wie die Untersuchung ergeben hat, handelt es sich nicht um einen Dummenjungenstreich, sondern um einen Attentatsversuch, der schwere Folgen hätte haben können. Für die Ermittlung des Absenders wurde eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Falschmünzer verhaftet. In verschiedenen Orten des Neustreises Wadern (Rheinland) wurden falsche Fünf- und Zwei-Markstücke festgestellt. Den Nachforschungen der Polizei gelang es, in dem Orte Wahlen im Anwesen des Gastwirtes Gleser eine vollständig eingerichtete Falschmünzerwerkstatt festzustellen. Der Gastwirt gab zu, falsche Stücke verbreitet zu haben. Außer dem Gastwirt wurde sein Schwager, der Ingenieur Selzer, und dessen Vetter, der Schlosser Schommer, verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

Schweres Autounglück im Elsaß. An einer steilen Stelle raste ein Lastkraftwagen aus Neunkirchen, der in Straßburg 140 Zentner Getreide geholt hatte, mit 50 Kilometer Geschwindigkeit die Straße hinunter und fuhr in eine Gruppe von jungen Arbeiterinnen. Ein 17jähriges Mädchen wurde gegen einen Zaun geschleudert und getötet; eine andere Arbeiterin flog in einen Bach, wo sie ertrank. Dann riß der Wagen einen elektrischen Mast um und stürzte einen Abhang hinunter. Der Wagenbesitzer und sein Begleitmann erlitten schwere Verletzungen und wurden ins Krankenhaus nach Bisch gebracht. Der 20jährige Chauffeur wurde im Führersitz festgeklemmt und konnte erst durch herbeigeeilte Hilfe befreit werden; auch er hat schwere Verletzungen erlitten.

Durch elektrischen Strom getötet. In St. Quentin sind drei Arbeiter, die mit einem Hochspannungskabel in Berührung kamen, auf der Stelle getötet und vier schwer verletzt worden.

Drei Tote bei einem Flugzeugabsturz. Bei einem Uebungsflug ist ein Marinewasserflugzeug bei Barcelona ins Meer gestürzt. Drei Personen kamen ums Leben, während der Monteur gerettet werden konnte.

Vier Arbeiter durch elektrischen Strom getötet. Ein schweres Unglück, bei dem vier Arbeiter getötet wurden, ereignete sich beim Bau von Schutzdämmen an der Löschberg-Linie bei Goppenstein (Schweiz). Die Verunglückten waren damit beschäftigt, Eisenschienen an die Berglehne hinaufzuziehen. Aus noch nicht ermittelter Ursache trat im Gang der Aufzugswinde eine Störung ein. Hierbei wurden verschiedene Bauteile unter Strom gesetzt, und vier Arbeiter, die mit ihnen in Berührung kamen, vom elektrischen Schlag getroffen und getötet.

Kraftwagen vom Personenzug erfaßt. Auf dem ungeschützten Bahnübergang von Fürstenfeld wurde ein mit Obstpäckern beladener Lastkraftwagen, auf dem neben dem Fahrer zwei Mädchen und der Sohn des Besitzers saßen, von einem aus Graz kommenden Personenzug erfaßt und vollkommen zertrümmert. Außer dem Fahrer, der nur leicht verletzt wurde, erlitten alle Mitfahrenden lebensgefährliche Verletzungen. Die beiden Mädchen sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen.

Als 1 Gutschein gilt

MAGGI-Fleischbrühe Wert dieser 1 Gutschein Umhüllung!

jede Umhüllung der 5er-Packung von MAGGI Fleischbrüh-Würfeln, — auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist. —

Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel.

Von Einbrechern geknebelt. In das Konfektionsgeschäft von Walter Müller in Berlin-Steglitz drangen Einbrecher ein. Eine Direktrice, die in dem Geschäft schlief, hörte plötzlich verdächtige Geräusche. Sie rief das Ueberfallkommando an. Die Einbrecher forderten das Mädchen auf, herauszukommen, fielen über sie her und steckten ihr ein Tischtuch in den Mund. Da die Täter fürchteten, daß das Ueberfallkommando bald eintreffen würde, verließen sie — es handelt sich um drei junge Burschen — das Geschäft und sind unerkannt entkommen. Eine Anzahl Mäntel, die sie bereits zusammengepackt hatten, ließen sie liegen.

Gefälschte Postmarken.

Verhaftung einer Bande in Wien.

Wien, 19. November.

Die hiesige Polizei nahm drei Personen fest, die polnische Briefmarken herstellten und in Verkehr brachten. Die Marken wurden in der Druckerei des Buchdruckers Lewin hergestellt, der ebenso wie sein Geschäftsführer Joufal verhaftet wurde.

Während in der Druckerei selbst nur einige Falsifikate entdeckt wurden, fand man in der Wohnung des Joufal ungefähr dreitausend Bogen zu je 150 Stück Briefmarken zu 25 Groschen vor.

Außerdem wurde eine Perforiermaschine zum Durchlochen der Markenbogen beschlagnahmt. Die Marken wurden von dem Kaufmann Isaak Wagner vertrieben, der gleichfalls verhaftet wurde.

Haftbefehl gegen Katzenellenbogen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

Berlin, 17. November.

Der Untersuchungsrichter des Landgerichts I Berlin hat auf Antrag des Staatsanwalts die Voruntersuchung gegen Ludwig Katzenellenbogen und die vier anderen Mitglieder des bisherigen Generaldirektoriums der Schultheiß-Patzenhofer A. G. eröffnet. Gegen Ludwig Katzenellenbogen wurde Haftbefehl wegen Fluchtverdacht erlassen. Er ist in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert worden.

Katzenellenbogen freigelassen

Berlin. Generaldirektor Katzenellenbogen ist nach dem Haftprüfungstermin unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Sicherheitsleistung von 100 000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Von der Staatsanwaltschaft I wurde gegen diesen Beschluß des Untersuchungsrichters Beschwerde eingelegt, um eine höhere Sicherheit für die Verschonung von der Untersuchungshaft zu erreichen.

Panik auf einem Jangtsedampfer

Schanghai. Infolge Explosion des Petroleumtanks brach auf dem Flußmotorschiff „Itu" ein Brand aus.

Unter den 200 chinesischen Passagieren entstand eine Panik, doch konnten sie bis auf 14 Personen; die durch die Explosion getötet wurden oder über Bord sprangen und ertranken, gerettet werden.

Neuschnee in Schlesien.

Hirschberg (Riesengebirge), 19. November. Im Riesengebirge hat kräftiger Schneefall eingesetzt. Die Schneelage im Gebirge beträgt über 10 Zentimeter. Die Schlittenbahn reicht bis Brückenberg. Auf dem Gebirge sind sechs Grad Kälte, im Tal noch zwei Grad Wärme.

Wechsel in Pommerellen.

Warschau, 19. November. Wie das Regierungsblatt „Gazeta Polska" erfährt, wird der Wojewode von Pommerellen, Lanot, aus dem Verwaltungsdienst scheiden. Zu seinem Nachfolger wird vermutlich der bisherige stellvertretende Wojewode von Lodz, Kirkiklia, ernannt werden. Seine Frau gehört als Abgeordnete des Regierungsblocks dem gegenwärtigen Sejm an.

Das Gesetz zur Sicherung der dänischen Valuta angenommen.

Kopenhagen, 19. November. Die Gesetzesvorlage zur Sicherung der dänischen Valuta ist von den Häusern des Reichstags in allen drei Lesungen angenommen worden.

Wieder Einfuhrscheine für Fabrikate aus Gerste und Hafer.

Berlin, 19. November. Um die besonders in den Hauptproduktionsgebieten Süddeutschlands ungünstigen Preisverhältnisse am Braugerstemarkt günstiger zu gestalten, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Mittel zur Durchführung einer Stützungsaktion für Braugerste in Süddeutschland zur Verfügung gestellt. Zur weiteren Entlastung des Braugerstemarktes werden die Einfuhrscheine für Malz und für Erzeugnisse aus Gerste, mit Ausnahme von Gerstenmehl, wieder eingeführt. Am Hafermarkt wird die Wiedereinführung der Einfuhrscheine für Erzeugnisse aus Hafer (Haferflocken usw.) festgesetzt. Lediglich gequetschter oder gewalzter Hafer bleibt ausgeschlossen. Eine Verteuerung der Gersten- und Hafererzeugnisse tritt durch diese Maßnahme nicht ein.

Wiederzusammentritt des Reichswirtschaftsbeirats.

Berlin, 19. November. Zur Vorbereitung der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsbeirats, die am Donnerstag beginnen, fanden verschiedene Ressortbesprechungen statt. Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers wurden die Fragen der Kreditgebarung erörtert und unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Lohn- und Preisfragen, insbesondere die Frage der gebundenen Preise für die Eisenindustrie.

Entlassungen auf Königshütte?

Königshütte, 19. November. Durch die Entziehung der Russenaufträge im Zusammenhang mit dem Sturz des englischen Pfundes hat sich die Arbeitslage der Königshütte in katastrophaler Weise verschlechtert. Es verlautet gerüchtweise, daß in den nächsten Wochen 1300 Arbeiter und 90 Angestellte entlassen werden sollen.

Calmette-Dokumente verschwunden.

Lübeck, 19. November.

Im Prozeß wegen des Säuglingssterbens stellte Dr. Wittern, der Vertreter der Elternschaft, fest, daß verschiedene Krankengeschichten fehlen, die wichtiges Beweismaterial darstellten, und bat deshalb den Oberstaatsanwalt, ein Verfahren wegen Beseitigung der Urkunden einzuleiten und zu diesem Zweck alle Personen, die in Frage kommen könnten zu hören, wo sich die Krankengeschichten befänden. Oberstaatsanwalt Dr. Linau ließ sofort die Ermittlungen anstellen.

Favag-Prozeß.

Frankfurt a. M., 18. November

Im Favag-Prozeß stand im Mittelpunkt die sogenannte Brüning-Anleihe. Es handelt sich dabei um die Brüning A. G., eine Potsdamer Sperrholz- und Fournierfabrik, die eine Obligationen-Anleihe in Höhe von 125 000 englischen Pfund auflegte. Einen Teil dieser Anleihe, und zwar in Höhe von 42 000 Pfund übernahm die Favag gemeinschaftlich mit der Firma Andreae u. C., wie in verschiedenen früheren Fällen wurde bei der Favag auch hier wieder ein Konsortium gebildet, das sich aus Dumcke, Becker und Sauerbrey zusammensetzte. Um dieses Geschäft, das man auf dem Rücken der Favag gemacht hatte, buchmäßig nicht deutlich hervortreten zu lassen, wurden nach bekannter Methode verschleierte Umbuchungen gemacht. Sauerbrey betonte zu seiner Entschuldigung, daß er in Dumcke und Becker Kapazitäten im Versicherungswesen gesehen habe, denen man sich beugen müsse.

Aber die Liebe ist die größte unter ihnen . . .

Roman von Helma von Hellermann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle 1931

[14

Beide Männer standen sich gegenüber, sahen sich an.

Der Professor ergriff des Sohnes Hände, las mit allmählich aufsteigender Ahnung in dessen lachenden, leuchtenden Augen.

„Jung' — meinst du — willst du — — wirst du — —?"

„Ja, ja, ja! Ich meine, ich will und ich werde — hurra!" Der Professor fühlte sich umschlungen und herumgewirbelt, bis er stöhnend um Gnade bat. „Hast dich aber fein nasführen lassen, alter Herr! Auf dem Gebiet ist's mit deiner Gescheitheit nicht weit her! Und das halten die Leute für einen berühmten Gelehrten! Die haben 'ne Ahnung!"

„Ich habe ja noch gar nicht gesagt, daß ich dir helfen will! Also schreie nur nicht so vorlaut hurra! Erst wird's Ei gelegt, dann gegackert, mert' dir's." Mühsam sammelte der Professor seine Würde und zog die Weste glatt. „Und nun erzähle einmal ordentlich, wie, wo und was vor sich ging. Du meinst doch die junge Baronesse Rohsen, nicht wahr? Die hast du doch nur einmal gesehen?"

Da erzählte Helmut, wie sich alles zugetragen; erzählte von Leben und Leid des Mädchens, das er unter so eigenartigen Umständen zuerst erblickt, von dem Reichtum ihres Gemüts, das Wort und Wesen so klar offenbarten. „Die ist's. Das fühle ich bis ins innerste Herz. Aber ehe ich einen Antrag wagte, mußte ich wissen, ob du zu mir stehst. Die kleine Rosemarie ist völlig mittellos."

„Das war deine Mutter auch", erwiderte der Professor ruhig, „und mein Privatvermögen gleich Null. Aber wir liebten uns. Da erträgt sich alles." Sein Blick war klar und tief. Für seine ganz auf Innerlichkeit gerichtete, ideal veranlagte Natur bedeutete Aeußerliches zugleich Nebensächliches. „Den Verlust unseres Geldes haben Mutter und ich leicht verschmerzt, da ich noch im Amt und am Verkauf meiner biologischen Werke prozentual beteiligt bin. Und dann haben wir die Erbschaft von Tante Julie gemacht, die vor vier Jahren in Luzern starb. Die Gute — wir danken es ihr besonders deinetwegen, Jung'. Der Lebenskampf ist heutzutage schärfer denn je, da schadet ein bißchen feste Grundlage nichts."

„Das Geld blieb wohl in der Schweiz?" erkundigte sich Helmut, der aufmerksam zugehört.

Sein Vater verneinte. „Das war zu unbequem. Immer das viel Hin- und Herschreiben. Onkel Markmann riet zur Uebernahme nach Deutschland. Er verwaltet alles, hat es gut und sicher angelegt. Auf die Hälfte der Zinsen kannst du rechnen, mein Sohn, wenigstens solange ich lebe. Das dürfte zur Gründung eines behaglichen kleinen Heims langen. Freilich mußt du auch das deine tun, damit der Auffstieg bald beginnen kann."

„An mir soll es nicht fehlen", sagte Helmut, und hatte heiße Augen. Nun lag der Weg klar vor ihm. Glücklich lächelte er vor sich hin.

Es klopfte an die Tür.

Auf des Professors „Herein!" steckte Frau Aenne ihr Gesicht neugierig zur Tür herein:

„Ich wollte nur fragen, ob ihr euch gegenseitig abgemurkst habt! Vorhin wackelten die Wände unter eurem Getobe und dann die beängstigende Stille . . ." Sie unterbrach sich, hatte das wilde Durcheinander auf dem Diwan entdeckt und lief entsetzt darauf zu.

„Was habt ihr Männer denn da angestellt? Als ich vorhin für dich packen wollte, stand die Tasche schon fix und fertig da." Die junge Frau trat an den älteren der Herren heran und hielt ihn beim obersten Jackettknopf fest, während sie in seinen etwas töricht lächelnden Mienen forschte. „Du, Onkel Professor, ich glaube, du hast wieder etwas verkramt gehabt, hm? Etwa gar die Zahnbürste?"

„Wie kommst du gerade darauf?" fragte Helmut, mit zuckenden Mundwinkeln seinen Vater von der Seite anschielend, der angelegentlich woanders hinsah.

„Weil die jedesmal abhanden kommt, sobald Onkelchen abreisen will", erwiderte Frau Aenne lachend, reckte sich und küßte den Sünder auf seine beleidigt erhobene Nasenspitze. „Ach, ihr Mannsen! Kaum dreht man den Rücken, macht ihr Dummheiten! Brauchst gar nicht so überlegen zu schmunzeln, mein Helu-Jung'! Dir täte eine bessere Hälfte auch sehr not!"

„Das finde ich auch", erwiderte Helmut zustimmend, und beobachtete vergnügt die hübschen Hände, die unglaublich geschickt und flink den Wäschehaufen in die mißhandelte Reisetasche verstauten.

„Hast vielleicht schon eine auf dem Kicker?"

„Hm!"

„In Marburg oder in dem Sündendabel Berlin? So! Nun noch Kamm und Bürste, Schwammbeutel — Pantoffel . . ."

„Weder — noch."

„Sondern?"

„Ganz dichte bei!"

„Mit einem kleinen Schrei fuhr Frau Aenne herum, in jeder Hand einen Pantoffel. „Helu — kenn' ich sie?"

„Jawoll!"

Sie legte den blonden Kopf auf die Seite und blinzelte ihn an.

„Willste mich vielleicht entführen? Dann mußt du dich erst mit Georg in Verbindung setzen — Fabrik Nummer drei, Ruf zehnachthundertvierundsechzig — und dein Testament machen!"

„Dazu fehlte mir die nötige Intelligenz. Deshalb habe ich mich zu einer anderen entschlossen!"

„Und die heißt?"

„Später, Frau Hardt", antwortete der also Befragte, und lachte schadenfroh über seiner Freundin enttäuschtes Gesicht.

Sie gab ihm einen Klaps mit dem einen Pantoffel, ging zurück an die Reisetasche und vollendete ihr Werk.

„So. Wenn jetzt noch etwas fehlt, wird's telegraphisch nachgesandt. Und nun wollen wir hinuntergehen! Der Kaffee ist fertig und mein Herr und Gebieter kam auch schon, um unseren Onkel noch ein bißchen zu genießen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311119-12/fragment/page=0003

Die Entschuldung im Osten.

Notverordnung für das Osthilfegebiet.

Um im Osthilfegebiet die Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte und im Interesse der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Gläubiger die Durchführung der Entschuldungsverfahren zu sichern, wird durch Notverordnung des Reichspräsidenten ein besonderes Sicherungsverfahren durchgeführt.

Diese Verordnung erläuterte Reichsminister Dr. h. c. Schlange-Schöningen in einer Pressekonferenz. Der Minister ging auf die Vorarbeiten ein und betonte die Notwendigkeit, durch einen bisher unerhört scharfen Eingriff in das Wirtschaftsleben zunächst einmal das Unglück des Ostens zum Stillstand zu bringen, um im Lebensinteresse der Volksgesamtheit die nächste Ernte zu sichern. Darum enthalte der erste Teil der Notverordnung das Sicherungsverfahren: Jeder Eingriff in die Wirtschaftssubstanz gefährdeter Betriebe soll vorläufig ausgeschlossen sein. Dann fuhr der Redner fort:

Es ist höchste Zeit, daß dem Landmann, namentlich des Ostens, das Siegel der Verzweiflung abgenommen wird, das ihm das Heer der Gerichtsvollzieher täglich aufdrückt, und daß er sich wieder seiner ureigensten Verpflichtung im Interesse der Allgemeinheit zuwenden kann: im Schweiße seines Angesichts sein Feld zu bestellen und so die Lebensmöglichkeit auch des ärmsten Arbeitslosen zu sichern. In Saat und Ernte des nächsten Jahres liegt die stärkste Schicksalsverbundenheit der Nation. Aber dies Stillhalten zur Sicherung der Volksernährung soll ja nicht ewig dauern. Darum wird in einem aufs äußerste verschärften Tempo die Durcharbeitung der Betriebe erfolgen, um möglichst viele möglichst schnell wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückzuführen.

Ueber dieser ganzen Aufräumungsarbeit steht als oberste Ueberschrift das Wort:

Wiederherstellung der Bilanzehrlichkeit.

Heute ist es doch so: Kaufleute, Genossenschaften wie Hypothekenbanken schreiben ihre Kontobücher voll Zahlen, die zum großen Teil niemals realisierbar sind. Es ist höchste Zeit, daß dieser Selbstbetrug ein Ende hat. Trotz der außerordentlichen Ueberlastung der Betriebe, namentlich im Osten, muß nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß

die Zinsen der ersten Hypothek

gezahlt werden, um Rückwirkungen auf den Pfandbriefmarkt auszuschalten. Darum ist die vorliegende Notverordnung nicht nur ein Hilfsgesetz für die Landwirte, sondern im weiteren Ausmaß auch ein Gläubigersicherungsgesetz.

Ich präzisiere in wenigen Sätzen den festgelegten modus procedendi: **Die kleinen Gläubiger, die Gefahr laufen, alles zu verlieren, sollen, soweit wie irgend möglich, zu ihrem Rechte kommen. Sie sollen, soweit Mittel vorhanden, bar ausgezahlt oder durch Hergabe von Gutscheinen befriedigt werden.**

Da das bare Geld bei weitem nicht ausreicht, muß die Sanierung im Wege des Akkordes erfolgen. Hierbei handelt es sich zunächst und vor allen Dingen darum,

die Senkung des Zinsvolumens

zu erreichen. In den meisten Fällen wird dann ein gut geleiteter Betrieb bereits existenzfähig werden. Nur in Ausnahmefällen soll zu einem Kapitalakkord geschritten werden. Das Kapital der Realkreditinstitute und der ersten Hypothek soll unter allen Umständen unangetastet bleiben.

Was wird mit den unrettbaren Betrieben? Darauf kann ich heute noch keine endgültige Antwort geben. Nur das weiß ich, daß bei der Fülle von verfügbarem Land der Zug der Deutschen nach dem menschenarmen Osten wieder einsetzen muß. Daß unter diesen Siedlern der durch die Aufteilung entwurzelte deutsche Landarbeiter mit an erster Stelle angesetzt werden muß, halte ich für eine der dringendsten Notwendigkeiten.

*

Die Bestimmungen der Verordnung.

Der Eigentümer, Pächter oder Nießbraucher eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebes (Betriebsinhaber), der außerstande ist, ohne wesentliche Beeinträchtigung der Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann bei der unteren Verwaltungsbehörde die Eröffnung des Sicherungsverfahrens beantragen, die bis zu einem Einheitswert von 40 000 Mark über das Sicherungsverfahren entscheiden kann. Bei höherem Einheitswert hat die Entscheidung die Landstelle. Letzte Entscheidungsinstanz ist der Reichskommissar für die Osthilfe. Die Anträge müssen bis zum 31. Dezember 1931 gestellt werden.

Die Wirkungen des Sicherungsverfahrens:

Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen sowie Zwangsvollstreckungen zur Erwirkung der Herausgabe von Zubehör, Bestandteilen oder Erzeugnissen der dem Betriebe dienenden Grundstücke sind unzulässig. Die Entscheidung über einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens ist ausgesetzt. **Ein schwebendes gerichtliches Vergleichsverfahren wird eingestellt.**

Von dem Sicherungsverfahren werden alle persönlichen und dinglichen Gläubiger betroffen, denen zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens ein vermögensrechtlicher Anspruch gegen den Betriebsinhaber zusteht.

Erneutes Sinken der Golddecke.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 14. November.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 47,7 Mill. auf 3997,6 Mill. Mark verringert.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 88,9 Mill. Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 88,1 Mill. auf 4453,5 Mill. Mark, derjenige an Rentenbankscheinen um 0,8 Mill. auf 413,5 Mill. Mark verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 14,0 Mill. Mark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 406,8 Mill. Mark eine Zunahme um 7,9 Mill. Mark.

Die Bestände an Gold und deckungsfähige Devisen haben sich um 72,2 Mill. auf 1189,8 Mill. Mark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 63,3 Mill. auf 1038,0 Mill. Mark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 8,9 Mill. auf 151,8 Mill. Mark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 26,7 Prozent gegen 27,8 Prozent in der Vorwoche.

Devisenbewirtschaftung.

Erleichterungen des Geldverkehrs im Grenzgebiet.

Im Grenzgebiet sind neue Erleichterungen geschaffen worden, die u. a. vorsehen, daß die Eintragungspflicht in den Reisepaß bei Umwechselung von Beträgen bis zu 30 Mark wöchentlich durch Geldanstalten in Grenzorten entfällt, desgleichen bei Beträgen bis zu 50 Mark im Umwechselungsverkehr in den Eisenbahnzügen.

Ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle ist die Umwechselung von Geldbeträgen für eingeführte Waren durch ausländische Besucher im Betrage von 200 Mark für jeden Markttag, sowie im Betrage von 1000 Mark für Personen gestattet, die ihren Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßig Bezüge aus inländischer Quelle beziehen.

Ferner ist die Umwechselung von Beträgen durch in ausländischem Grenzgebiet ansässige Personen, wenn die Beträge aus dem Inland stammen, bis zum Betrage von 500 Reichsmark je Monat gestattet.

Erlaubnissperre

für neu zu errichtende Schankwirtschaften.

Eine Verordnung des Preußischen Ministers des Innern vom 13. November 1931 betr. neu zu errichtenden Schankwirtschaften ist veröffentlicht worden, nach der bis zum 1. Oktober 1934 Erlaubnisse für neu zu errichtende Schankwirtschaften grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) zulässig. Die Bestimmungen gelten nicht für Anträge, die bei der Erlaubnisbehörde erster Instanz vor dem 1. 10. 1931 eingegangen sind.

Der Preußische Minister des Innern bemerkt in einem Runderlaß zu der Verordnung u. a.: Die Verordnung bezieht sich nicht auf alle gemäß Paragraph 1 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 erlaubnispflichtigen Betriebe, sondern nur auf Schankwirtschaften, auf diese allerdings sämtlich, unbekümmert um die Getränke, deren Ausschank beantragt wird. Die Regierungspräsidenten dürfen Ausnahmen nur zulassen, a) wenn eine neue Schankwirtschaft anstelle einer vorhandenen durch deren bisherigen Inhaber errichtet wird, sofern in den bisherigen Schankräumen kein weiterer Schankbetrieb stattfindet; b) wenn sich bei der Erschließung neuen Baugeländes, insbesondere bei der Anlage neuer Siedlungen, durch das Fehlen von Schankwirtschaften augenscheinliche Mißstände ergeben.

Die NSDAP. zur Hessenwahl

Eine Erklärung der Parteileitung.

Die Reichsleitung der Nationalsozialisten veröffentlicht eine Erklärung zu dem Ergebnis der Hessenwahl, in der es u. a. heißt:

„Die Landtagswahlen in Hessen haben der NSDAP. den erwarteten großen Sieg gebracht. Noch weit stärker als bei den letzten Wahlen in Hamburg, Anhalt und Mecklenburg hat die Bewegung das Tempo ihres unaufhaltbaren Vormarsches gestaltet. Die schwarz-rote Regierungs-Koalition ist von der NSDAP. entscheidend geschlagen worden und verliert von ihren 42 Mandaten 16.

Die NSDAP. konnte ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl um 115 Prozent steigern.

Unter Berücksichtigung der weit stärkeren Wahlbeteiligung hat der Gesamt-Marxismus eine schwere Niederlage erlitten. Gegenüber dem nationalsozialistischen Riesen sind andererseits die sogenannten rechten bürgerlichen Parteien zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Im neuen Landtag werden die Freiheitskämpfer im Braunhemd allein rund 40 Prozent der gesamten Mandate repräsentieren. Wenn das Zentrum weiter gegen das erwachende Deutschland regieren will, wird es sich seine Bundesgenossen bei den Kommunisten suchen müssen. Denn in Hessen ist nicht nur um die Landespolitik gekämpft worden, sondern die Hessenwahl ist in ganz besonderem Maße die Antwort des Volkes an den Kurs des Herrn Brüning, und ein untrügliches Stimmungsbarometer gegen die heutige Reichspolitik.

In Hessen hat das Volk wieder und in weit überzeugenderer Weise als bisher schon zum Ausdruck gebracht, daß es die Herrschaft des Nationalsozialismus will. Wie lange werden noch die Kapitolswächter der Demokratie sich weigern, ihre eigenen Gesetze zu vollziehen, wenn der Wille des Volkes sich überzeugendst gegen sie entscheidet?"

Urteil im Henning-Prozeß.

Hamburg, 17. November

Das Schwurgericht verkündete im Henning-Prozeß folgendes Urteil:

Wegen gemeinschaftlichen Totschlages, wegen gemeinschaftlichen versuchten Totschlages, wegen gemeinschaftlicher Nötigung und wegen verbotenen Schußwaffenbesitzes werden Jansen zu 7 Jahren Zuchthaus, Bammel zu 6 Jahren Zuchthaus, Höckmayr zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten voll angerechnet. Die Bußanträge der Nebenklägerin, Frau Rieck, werden abgelehnt.

Sklarek-Prozeß.

Berlin, 18. November

Im Sklarek-Prozeß überreichte die Staatsanwaltschaft dem Gericht das beim Bürgermeister Schneider beschlagnahmte Silber, das er von den Sklareks geschenkt erhalten hat. Rechtsanwalt Dr. Puppe stellte den Antrag, nicht nur Oberbürgermeister Boß, sondern auch dessen Ehefrau zu vernehmen. Willi Sklarek bemerkte hierzu, daß die Brüder dankbar wären, wenn das Gericht die Vorgänge auf denkbar breitester Grundlage erörtere, da er ein großes Interesse daran habe, dem Gericht zu beweisen, daß sie ein korruptes System übernommen hätten. Das Gericht ging dann nochmals auf die Zuwendungen ein, die Bürgermeister Schneider von den Sklareks erhalten haben soll. Schneider gab zu, verschiedentlich von den Sklareks Geschenke bekommen zu haben und mit ihnen Sonntags ausgegangen zu sein. Bürgermeister Schneider erklärte dann noch, daß er Barzuwendungen von den Sklareks niemals erhalten habe. Der Betrag von 20 000 Mark habe lediglich aus ordnungsmäßigen Renngewinnen bestanden.

Berufsschule.

Infolge **Aenderung des Berufsschulunterrichts** werden die Unterrichtsstunden **vom Mittwoch, dem 16. d. Mts. ab** wie folgt festgesetzt:

Montag 1—5 Uhr
Bau-, Metall- und Holzgewerbe (Fachkunde)

Montag 5—7 Uhr
Gemeinschaftskunde für alle Schüler

Mittwoch 1—5 Uhr
Gemischte Berufe (Fachkunde).

Nebra, den 13. November 1931. **Der Magistrat.**

F. Poppe
— Rechtsbeistand Wiehe —
Zugelassen bei den Amtsgerichten Nebra und Wiehe. — Vertrete Prozesse und besorge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im „Weißen Roß"-Nebra Sprechtag.

Wer sucht 20.- bis 30.- Mark wöchentlich
Nebenverdienst durch leichte Tätigkeit? Schriftliche Angebote unter **F. G.** an d. Geschäftsstelle erbeten.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie
fertigt an
Buchdruckerei W. Sauer
Roßleben a. U.

Höhere Privatschule Roßleben

Anmeldungen für Ostern 1932 nehme ich vom **19. bis 21.** und vom **23. bis 26. November** nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr in meiner Privatwohnung entgegen. Geburts-, Tauf- und Impfschein mitbringen.

Oberstudienrat Sachse, Kloster.

Viel Freude
und geistige Anregung in jedes Haus bringen

Velhagen & Klasings Monatshefte
Monatlich nur 2.40 Rm.

In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Velhagen & Klasings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift veröffentlicht als erste die neuen Werke unserer großen Dichter.
Sie bringt in fesselnder und allgemein verständlicher Form die Forschungen unserer bedeutenden Gelehrten vor eine große Leserschaft.
Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters, des Kunstgewerbes.
Sie pflegt mit ihren weltberühmten farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.

Der Verlag Velhagen & Klasing, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst Rm. 2.40) als Probeheft.

Leipziger Neueste Nachrichten
führen mit beträchtlichem Vorsprung im gesamten mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet!
Weitaus größte Auflage,
— täglich ca. 180 000 —
weitaus größter Anzeigenraum, größter Bestand an Familien-, Klein-, Fremdenverkehrs-Anzeigen aller mitteldeutschen Zeitungen
Sonach:
Bestes Werbemittel — unersetzliche Lektüre!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311119-12/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 138 Donnerstag, den 19. November 1931. 44. Jahrgang

„Scharfes Zupacken erforderlich!"

Rede Groeners auf der Konferenz der Innenminister.

Berlin, 18. November.

Reichsinnenminister Groener hielt auf der Konferenz der Innenminister eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Verteilung der Exekutive auf die Länder gibt in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den Ländern Rechnung zu tragen. Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landsmannschaftlichen Zugehörigkeit. Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein.

Sicherung des Staates.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken.

Ueberwindung der Krisenstimmung.

Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen. Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allerschwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Polizeiliche Maßnahmen können aber nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt.

Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein.

Das Ziel der Staatspolitik.

Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den sollen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Das in der letzten Ministerbesprechung von vielen Seiten geforderte Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel von Reichs wegen sei insbesondere von bayerischer Seite abgelehnt worden. Nach den bekannten Braunschweiger Vorkommnissen sei in der Oeffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Verbot von Reichs wegen erhoben worden. Inzwischen habe die überwiegende Zahl der Länderregierungen ein allgemeines Versammlungs- und Umzugsverbot erlassen.

Gegen die Mordseuche.

In erster Linie sei gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewaltätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturschande für Deutschland geworden sind, ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich.

Es sei unbedingt erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Es müsse ein Mittel gefunden werden, um Gewaltmaßnahmen erörtert [illegible] entgegengetreten [illegible] ihn gebeten, den [illegible] Aufmerksamkeit zu [illegible] Innenminister weiter.

[illegible] Tätigkeit.

[illegible] er umfangreiches [illegible] tätig prüfen und [illegible] gen werde. Eine [illegible] er die von der [illegible] tätigkeit in [illegible] in das Staatsbehebbaren Folgen [illegible] geben, daß bis [illegible] festen Gefüge von [illegible] Unsere Aufgabe [illegible]. Ich habe kürzlich [illegible] gt, der kommunistischen polizeiliche Ab-

[illegible] des Reichsinnen- [illegible] hende Aussprache [illegible] nder gaben einen [illegible] ihren Ländern.

[illegible] Auffassung über [illegible] von welcher Seite [illegible] stehenden Mitteln

Völlige Erfassung der Devisen.

Eine neue Notverordnung.

Um ein weiteres Abgleiten des Devisenbestandes der Reichsbank zu verhindern, sind die bisherigen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten ergänzt worden. So sind künftig alle Waren, die ausgeführt werden, durch Uebergabe einer Exportvalutaerklärung nach vorgeschriebenem Muster der Reichsbank anzumelden. Außerdem haben die Exporteure dreimal monatlich der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt mitzuteilen, an welche Devisenbank sie die eingegangenen Exportvaluten abgeliefert haben, oder von welcher Reichsbankanstalt ihnen die Devisen freigegeben wurden. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Strafen bedroht.

Die Devisenbewirtschaftungsstellen sollen ferner die Importfirmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung zum Erwerb von Devisen sind, anhalten, einen angemessenen Teil des in dieser Genehmigung festgesetzten Höchstbetrages durch Inanspruchnahme der offenen Kreditlinien zu bestreiten; insofern werden Devisen zur Barzahlung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Strafbestimmungen.

Nach der neuen Verordnung finden die schon früher vorgesehenen Strafen auch dann Anwendung, wenn jemand durch Täuschungen oder irreführende Angaben die erforderliche Genehmigung der zuständigen Stellen erschlichen oder zu erschleichen versucht hat. Ferner wird das Reichswirtschaftsgericht ermächtigt, gegen den Inhaber oder Leiter eines Unternehmens Ordnungsstrafen bis zu 300 000 Mark zu verhängen, wenn er nicht nachweist, daß er die erforderliche Sorgfalt zur Verhütung der strafbaren Handlungen angewendet hat.

Weitere Exportsteigerung.

383 Millionen RM Ausfuhrüberschuß im Oktober.

Berlin, 17. November.

Die deutsche Handelsbilanz zeigt im Oktober einen Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der Reparationssachlieferungen, die 12,9 Millionen RM betrugen, erhöht sich der Ausfuhrüberschuß auf 395,9 Millionen RM. Die Ausfuhr ist wertmäßig von 812 auf 866 Millionen RM oder um 6,7 Prozent gestiegen. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu vollständig auf Fertigwaren, deren Ausfuhr um 48 Millionen RM zugenommen hat.

Auswirkungen der Währungsentwertung in England und in anderen Ländern auf den deutschen Außenhandel können aus den Gesamtzahlen der Oktoberstatistik nicht ersehen werden. Jedoch deutet der bei einzelnen Ein- und Ausfuhrwaren, wie zum Beispiel bei der Einfuhr von Kohle und Baumwollgeweben, ferner bei der Ausfuhr von Geweben aus Seide und Kunstseide festzustellende Rückgang der Durchschnittswerte auf solche Wirkungen hin. Die an sich von den Währungsentwertungen ausgehenden ungünstigen Folgen für die Mengengestaltung der Ausfuhr sind im übrigen möglicherweise durch eine im Hinblick auf neue Zollmaßnahmen im Ausland vorgenommene Vorausfuhr und durch beschleunigte Abrufe zunächst ausgeglichen worden. Die Einfuhr ist wertmäßig von 448 auf 483 Millionen RM, also um 7,8 Prozent gestiegen. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf Lebensmittel und Fertigwaren.

Sozialdemokraten beim Kanzler.

Berlin, 19. November.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels, Breitscheid, Hilferding und Hertz zu einer längeren Aussprache, an der auch Reichsinnenminister Groener und der preußische Innenminister Severing teilnahmen. Die Abgeordneten legten umfangreiches Material vor, durch das der Nachweis geführt werden soll, daß von radikaler Seite zum Terror aufgefordert werde und betonten, daß auf diese Weise der Bürgerkrieg heraufbeschworen werde. Der Reichskanzler sowohl als auch Reichsminister Groener erklärten, daß alle möglichen Schritte unternommen werden sollen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Gegen Frankreichs Politik.

Eine amerikanische Stimme zur Schuldenfrage.

Neuyork, 18. November.

Die Zeitschrift „Commercial Financial Chronicle" erörtert die Notwendigkeit äußerster Vorsicht bei weiteren Finanzopfern in der Kriegsschuldenfrage seitens der Vereinigten Staaten angesichts der Depression und des Budgetdefizits.

Ueberdies sei die Schuldenerleichterung einiger alliierter Länder so etwas wie eine Farce, wie namentlich der Fall Frankreichs zeige, das bei der Verhandlung über das Schuldenabkommen seine Armut infolge der deutschen Verwüstungen in die Waagschale geworfen und infolgedessen vorteilhafteste Bedingungen erreicht habe, weit bessere als England. Indessen habe sich herausgestellt, daß Frankreich eines der reichsten Länder der Erde sei und derartig umfangreiche Auslandsguthaben unterhalte, daß es durch ihre Zurückziehung erst Deutschlands finanzielle Stabilität zu untergraben vermocht habe, dann die Englands und kürzlich gleicherweise sogar die der Vereinigten Staaten bedroht habe. Nun solle dieses Land von seinen Zahlungen an die Vereinigten Staaten befreit werden!

Grandi in Washington.

Italiens Mitarbeit am Allgemeinwohl.

Washington, 18. November

Grandi gab nach dem Besuch, den er Präsident Hoover abstattete, die Erklärung ab: Ich sehe meinen Besprechungen mit Hoover und Stimson mit größtem Interesse entgegen. Hoovers Initiative im Juni war der Auftakt zu gesteigerter diplomatischer Tätigkeit und zu der Aufforderung an die Welt, daß man zu gemeinsamer Arbeit zusammenkommen müsse. Wir haben Lavals Washingtoner Besuch mit ehrlicher Anteilnahme verfolgt und betrachten seine hiesigen Unterredungen als Ermutigung zu einer allgemeinen Zusammenarbeit.

In Situationen wie der gegenwärtigen fühlt man, daß das Heil der einen das Heil aller Nationen ist und daß das Unglück eines Landes nie zum Glück eines anderen ausschlagen kann. Aller Länder Interessen sind eng miteinander verbunden. Ich bin ein Glied in dieser Kette und komme hierher, um Italiens Mitarbeit zum Allgemeinwohl anzubieten.

Im allgemeinen wird der italienische Außenminister bei weitem herzlicher begrüßt als seinerzeit Laval.

Verständigung mit Borah.

Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Aeußeren und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt.

Grandis Stellungnahme zu Gunsten einer Revision des Versailler Vertrages und einer Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustausch.

Die Schlacht am Nonni.

Der Krieg in der Mandschurei ist im vollen Gange. Chinesische und japanische Truppen stehen sich waffenstarrend gegenüber. Wenn bisher von Kämpfen die Rede war, so werden jetzt schon Schlachtberichte gedrahtet. Dabei zieht sich das Kampfgebiet schon bis in eine Interessensphäre hinein, die nicht einmal mehr auf Japan—China beschränkt bleibt. Am Nonni-Fluß sind die feindlichen Truppen hart aneinandergeraten. Der Schatten japanischer Bajonette nähert sich bedenklich einem Gebiet, an dem Rußland allergrößtes Interesse hat.

Kenner der russischen Taktik halten zwar nach wie vor daran fest, daß die Regierung in Moskau nicht daran denke, sich in den Mandschureikonflikt hineinmanövrieren zu lassen. Aber die Entwicklung, die hier versucht wird, ist nicht allein von Moskau abhängig.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß eine erhebliche Summe für die Unterstützung des chinesischen Kampfes gegen die Japaner flüssig gemacht sei. Gleichzeitig aber liest man, daß unter den chinesischen Generalen die Rivalität geschürt werde, was schon zu Konflikten geführt habe. Es ist anzunehmen, daß bei dem Spiel, das die chinesischen Generale auseinanderzumanövrieren sucht, fremde Mächte nicht unbeteiligt sind.

Die Kaiserkrone der Mandschurei ist schließlich auch nur ein Kaufpreis, den man zahlen will, um die Massen des mandschurischen Volkes auseinanderzubringen und damit die Stoßkraft des chinesischen Widerstandes zu schwächen.

In Moskau glaubt man, daß der mandschurische Krieg zu einer großen Attacke gegen die Sowjetunion entwickelt werden soll. Man verweist auf die veränderte Haltung der amerikanischen, der englischen und französischen Presse, die ursprünglich gegen die Gewaltpolitik der Japaner eine scharfe Sprache geführt hat und die heute deutlich spürbar einen Kurswechsel vornimmt. Rußland antwortet entsprechend.

Außergewöhnlich scharf ist der Tenor der Sowjetpresse und des Sowjetfunks. Und dennoch bleiben die Kenner der Moskauer Taktik dabei, daß Moskau alles versuchen werde, sich nicht in ein gefährliches Abenteuer zwingen zu lassen.

Der Krieg, der klein angefangen hat, der sich aus der Verschleppung und Ermordung eines japanischen Offiziers flackernd entwickelte, ist heute zu einem politischen Weltproblem geworden. Gewiß, die Chinesen kämpfen darum, daß sie die Oberhoheit über das wichtige, wirtschaftlich und industriell zu überaus wichtige mandschurische Gebiet nicht verlieren. Die Japaner dagegen führen diesen Krieg aus den gleichen wirtschaftlichspolitischen Motiven, um sich endgültig die Herrschaft über die Mandschurei zu sichern. Es würde einen schweren Rückfall in alte, im Zeichen der Wirtschaftskatastrophe der Welt veraltete politische Methoden bedeuten, wenn in diesem Interessenkampf nun auch noch andere ihre Sonderinteressen sicherstellen wollten. Hier liegt die Gefahr, die zugleich eine Aufgabe für den Völkerbund ist, der die Kanonen wieder zum Schweigen bringen soll.

Japan greift an

Tsitsikar besetzt. — Die Lage wird ernst.

Mukden, 19. November.

Am Sonntag bei Tagesanbruch hat die japanische Offensive gegen Maschangschen eingesetzt. Die gesamten Streit-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311119-12/fragment/page=0005